

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version
Tendenzwende?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1975) : Tendenzwende?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 1, pp. 6-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134767>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Heinz-Dietrich Ortlieb

Tendenz- wende?

Seit einiger Zeit ist viel von seiner Tendenzwende die Rede. Was uns jedoch „ins Haus steht“ – um in einem beliebten astrologischen Jargon zu sprechen – ist keine Tendenzwende, sondern nach wie vor der Marsch in die Weltgesellschaftskrise.

Daß einige Landtagswahlen den sozial-liberalen Koalitionen

in unserer Bundesrepublik Verluste gebracht haben, ist doch nur ein leicht verändertes Wellengekräusel, unter dem die Zeitströmung über unsere Landesgrenzen hinaus international unbeirrt weiterläuft. Die Wahlergebnisse brachten Verwirrung, Zweifel und Unsicherheit der Wähler zum Ausdruck. Hinwendung zu einer realistischen Politik mit allen ihren unbequemen Konsequenzen lassen sie nicht vermuten, zumal die vorläufig siegreiche Opposition keine überzeugenden Alternativen erkennbar machte und bisher weit weniger Mut zu einem realistischen Pragmatismus als der von ihr kritisierte sozialdemokratische Bundeskanzler zeigte.

Von der Krankheit eines sich progressiv gebenden Pseudo-humanitarismus, wie sie an dieser Stelle in den letzten Jahren immer wieder diagnostiziert wurde, sind wir alles andere als genesen. Diese Krankheit wird zur Zeit nur abgedeckt durch schockhafte ökonomische Frustrationen, durch einen modisch erscheinenden Rückschlag in eine konservativer klingende Redeweise und durch die sozialdemokratische Solidarität gegenüber einem Bundeskanzler, von dessen Erfolg allein die künftige Gestaltungsmacht der SPD abhängen wird. Dies hat ein Erscheinungsbild der Ernüchterung hervorgerufen, hinter dem sich aber an unserem geistigen Klima nichts Entscheidendes geändert hat. Nach wie vor wird nicht nach den langfristigen Existenzbedingungen des Gemeinwesens gefragt. Nach wie vor wird lediglich nach dem Konzept, daß jeder gleiche Ansprüche auf Versorgung und Mitbestimmung habe, ob er nun sozial oder asozial wirksame Beiträge für unser Gemeinwesen liefert, geurteilt und gehandelt. Nach wie vor werden dementsprechend pathologischen und kriminellen Randgruppen weit mehr Zuwendungen und Aufmerksamkeiten zuteil, als es die Kräfteökonomie unserer Gesellschaft noch erlauben dürfte. Auch ist bisher

noch nicht erkennbar geworden, wie sich die Gruppenkämpfe um den Sozialkuchen und die Bemühungen unseres Gefälligkeitsstaates, sich unter immens anwachsenden Kosten als vollendeter Sozialstaat zu profilieren, den neuen ökonomischen Fakten anpassen werden.

Daß wir im Vergleich zu anderen westlichen Ländern noch relativ günstig abschneiden, ist ein nur schlechter Trost. Dafür ist unser ökonomisches und politisches Schicksal zu eng mit dem Wohlergehen dieser Länder, wie überhaupt mit der fragwürdig gewordenen Entwicklung von Weltwirtschaft und Weltpolitik verknüpft. Zwar wären die Probleme einer Weltwirtschaftskrise heute sehr viel leichter als in den dreißiger Jahren zu lösen, da man die dafür erforderlichen organisatorischen Mittel weit besser als damals kennt. Nur wird deren Anwendbarkeit dadurch in Frage gestellt, daß inzwischen „Führungsschwäche“ und „Abbau der Staatsgewalt“ zu weltweiten Problemen geworden sind. Das gilt auf jeden Fall für die westliche Welt und für die internationalen Organisationen. Was nützen internationale Abmachungen, wenn sie von immer weniger Regierungen im eigenen Lande noch durchgesetzt werden können?

Auch im internationalen Bereich werden im Namen eines humanitär sein wollenden Egalitarismus allen Menschen und Völkern gleiche Ansprüche auf Wohlstand zugestanden, ganz gleich, ob die Voraussetzungen dafür gegeben sind und ob die Menschen und Völker selbst bereit sind, die dafür erforderlichen Bedingungen zu erfüllen. So wird sich eine neue, durch realpolitische Rationalität bestimmte Tendenz erst durchsetzen können, wenn sie kein nationaler Einzelversuch bleibt und die Menschen und Völker sich wieder daran gewöhnen, zunächst einmal sich selbst zu helfen und ihren Teil auf sich zu nehmen, ehe sie Ansprüche gegen andere erheben.